

Düsseldorfer Erklärung zur Finanzpolitik

Deutschland steht 2017 für die Verbindung wirtschaftlicher Stärke mit hohem sozialem Engagement. Noch nie waren so viele Menschen in Arbeit. Die Löhne und Renten steigen seit einiger Zeit wieder spürbar an. Junge Menschen haben hervorragende Chancen. Die Erwerbsquote von Frauen ist überdurchschnittlich hoch. Die Unternehmen investieren umfassend in Forschung und Entwicklung. Der soziale Ausgleich funktioniert. Das Land ist weltoffen und tolerant. Umfragen zeigen, dass fast alle Menschen in Deutschland die Aussage teilen, in Deutschland könne man gut leben. Aktuelle Versuche, dieses Bild zu konterkarieren sind unglaublich. Das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist hoch. Dazu hat eine solide und auf Nachhaltigkeit ausgelegte Finanzpolitik ihren Beitrag geleistet.

Auf dieser positiven Gesamtentwicklung dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Die vergangenen Monate haben uns eindrucksvoll vor Augen geführt, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand auch im 21. Jahrhundert alles andere als selbstverständlich sind. Der angekündigte Austritt Großbritanniens stellt die Europäische Union vor eine historische Bewährungsprobe. Nach den Wahlen in den USA gibt es Unsicherheiten über die Belastbarkeit des transatlantischen Bündnisses. Russland ist wesentlich aggressiver geworden. Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Mittleren Osten und Nordafrika haben sich in Deutschland in Form eines massiven Flüchtlingszustroms gezeigt. Die Welt ist in jeder Hinsicht internationaler geworden. Hinzu treten technologische Umwälzungen, die in den kommenden Jahrzehnten erheblichen Einfluss darauf haben werden, wie wir arbeiten, wie wir wirtschaften, wie wir kommunizieren und wie wir zusammenleben.

Wir müssen heute an den Grundlagen für die Wirtschaftskraft, den sozialen Ausgleich und damit den gesellschaftlichen Wohlstand von morgen arbeiten. Dazu muss auch die Finanzpolitik einen wichtigen Beitrag leisten:

- Ausgeglichene öffentliche Haushalte auf allen staatlichen Ebenen und die damit einhergehende konsequente Rückführung der Staatsverschuldung von über 80 Prozent des BIP 2012 auf nunmehr unter 70 Prozent des BIP sind eine zentrale Zukunftsvorsorge. Die Entscheidung für die Schuldenbremse war gleichermaßen mutig wie verantwortungsvoll. Wir müssen und wollen die Schuldenbremse auch in den kommenden Jahren einhalten, nicht zuletzt ab 2020 und nicht zuletzt in denjenigen Bundesländern, die heute noch eine weniger solide Haushaltspolitik betreiben als andere. Mit der Vereinbarung der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 ist hierfür eine Grundlage geschaffen. Wer Schulden als Königsweg zu sozialem Ausgleich propagiert, verspielt die Zukunft seines Landes.
- In diesem finanziellen Rahmen müssen wir durch richtige Prioritätensetzung – zugunsten innerer und äußerer Sicherheit, öffentlicher Investitionen, Bildung und Forschung – den weiter steigenden Anforderungen an den Staat gerecht werden. Wenn wir gesamtstaatlich die öffentlichen Ausgaben höchstens im Einklang mit der Wirtschaftskraft wachsen lassen, bleibt die Staatsquote konstant und die Aufgabenteilung zwischen Staat und privat mithin im Gleichgewicht.
- Prioritär ist eine Stärkung unserer Fähigkeiten zur Landesverteidigung und Fluchtursachenbekämpfung. Prioritär ist auch eine Stärkung der inneren Sicherheit – nicht zuletzt durch

hinreichende Polizeipräsenz: zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, aber auch von vermeintlicher „Alltagskriminalität“ wie Wohnungseinbrüchen. Hier schneiden einzelne Bundesländer schlechter ab als andere. Sie müssen besser werden.

- Prioritär ist die weitere Stärkung öffentlicher Investitionen auf allen staatlichen Ebenen. Der Bund hat alle Länder und Kommunen in erheblichen Umfang bei den steigenden Sozialausgaben entlastet. Er hat jüngst erneut dreieinhalb Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in die Bildungsinfrastruktur von finanzschwachen Kommunen bereitgestellt. Instandgehaltene Schulen sind für ein gutes Lernklima und einen guten Schulerfolg wichtig. Auch die Verkehrsinvestitionen müssen in allen Regionen Deutschlands weiter auf ein angemessenes Niveau gehoben werden. Die ideologische Formel, wer Straßen repariert, fördert nur immer mehr Verkehr, ist endgültig gescheitert. Der Staat stellt viel Geld zur Verfügung, aber teils klemmt es erheblich bei der Realisierung. Dadurch geht wertvolle Zeit, aber auch Innovationsfähigkeit zugunsten der Infrastruktur in Deutschland verloren. Unser Ziel ist es, öffentliche Investitionen und Vorhaben schneller zu realisieren. Wir brauchen auch wieder hinreichend viele Ingenieure in den öffentlichen Verwaltungen. Wir wollen ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz so schnell wie möglich nach der Bundestagswahl auf den Weg bringen.
- Prioritär ist zudem eine weitere Stärkung von Forschung und Entwicklung (FuE). Mit einer FuE-Quote von nunmehr drei Prozent des BIP ist Deutschland in der internationalen Spitzengruppe angekommen. Als exportstarkes Land mit dem wichtigsten Rohstoff „Wissen“ wollen wir perspektivisch eine Quote von 3,5 Prozent des BIP erreichen. Dazu soll eine neue steuerliche FuE-Förderung beitragen, die von mittelständischen Unternehmen in Anspruch genommen werden kann, die bisher keine Zuschussförderung erhalten. Das trägt auch dazu bei, einer möglichen Abwanderung von Forschung ins Ausland entgegenzuwirken, wenn bisherige Steuergestaltungsmodelle über sog. Lizenz- und Patentboxen infolge internationaler Vereinbarungen in echte Forschungsförderung umgewandelt werden.
- Von entscheidender Bedeutung ist ein weiterhin konsequenter Einsatz gegen kriminelle Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltung. Das zeigt nicht zuletzt die Entwicklung bei den Lizenz- und Patentboxen, ebenso wie die gestiegenen Möglichkeiten zur Gewinnverlagerung durch die Digitalisierung von Wirtschaftsprozessen und Geschäftsmodellen. Dieser Kampf kann nur durch ein international abgestimmtes Handeln der Staaten gewonnen werden. Die unionsgeführte Bundesregierung hat als Vorreiter auf internationaler Ebene in wenigen Jahren mehr erreicht als andere in Jahrzehnten zuvor. Wir werden diesen Kurs weiter nachdrücklich unterstützen. Es kommt auf ein geschlossenes Auftreten gegenüber internationalen Wettbewerbern und Partnern an.
- Protektionistischen Ansätzen in anderen Teilen der Welt, die über das dort geltende Steuerrecht den dort erzeugten Gütern entgegen den Grundsätzen des freien Handels einen Preisvorteil am Markt einräumen, werden wir entschieden entgegentreten. Deutschland hat gegenwärtig ein international wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Aber wir werden Anpassungen vornehmen müssen, wenn es der internationale Steuerwettbewerb erfordert. Dabei geht es in erster Linie um den Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland. Dazu müssen wir klar für internationale Zusammenarbeit und internationalen Handel eintreten.

- Wir stehen für eine Finanzpolitik, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinter unserem Wohlstand nicht vergisst. Wenn wir gesamtstaatlich die Staatsausgaben durch richtige Prioritätensetzung höchstens im Einklang mit der Wirtschaftskraft wachsen lassen, gelingen ausgeglichene Staatshaushalte dann, wenn auch die Staatseinnahmen im Einklang mit der Wirtschaftskraft wachsen. Unser Steuersystem ist jedoch so aufgebaut, dass es insbesondere in wirtschaftlich guten Zeiten eine über das Wachstum der Wirtschaftskraft hinausgehende Aufkommenswirkung entfaltet. Weil wir keinen Anstieg der Staatsquote wollen, wollen wir auch keinen Anstieg der Steuerquote. In diesem Rahmen sehen wir Korrekturbedarf. Wir werden am inzwischen bewährten quasi-automatischen Ausgleich der kalten Progression in der Lohn- und Einkommensteuer durch Anpassung von Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld und Tarif festhalten. Wir wollen zudem strukturelle Verbesserungen im Tarif für kleine und mittlere Einkommen erreichen. Es ist nicht richtig, wenn bereits leicht überdurchschnittliche Einkommen in den Bereich des Spitzensteuersatzes kommen. Hier brauchen wir mehr Abstand, was auch Beziehern unterdurchschnittlicher Einkommen zugutekommen wird. Wir wollen zudem perspektivisch das bewährte Ehegattensplitting in Richtung eines Familiensplittings ergänzen. Darüber hinaus soll ein schrittweises Auslaufen des Solidaritätszuschlags eine Entlastung für alle Einkommen erreichen.
- Das kontinuierliche wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre hat Einkommenszuwächse in der Breite der Bevölkerung ermöglicht. Diese Entwicklung wollen wir weiter stabilisieren. Wir wollen, dass normale Arbeitnehmer und Familien auch in Zukunft Vermögen aufbauen können. Gerade in einem für die Altersvorsorge schwierigen Zinsumfeld zählt dazu auch Wohneigentum. Es ist falsch, wenn in einigen wachsenden Metropolen so wenig gebaut wird, dass Familien Schwierigkeiten haben, Wohnraum zu finanzieren. Es ist auch alarmierend, wenn die Kaufnebenkosten 2016 im bundesweiten Durchschnitt bereits um mehr als die Hälfte über dem Niveau des Jahres 2010 liegen. Dazu hat der rasante Anstieg der Grunderwerbsteuer in einigen Bundesländern beigetragen. Die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums soll geprüft werden. Wir wollen Familien bei dem Erwerb von selbstgenutzten Wohneigentum entlasten.
- Wir müssen zudem die Fairness bei der Grunderwerbsteuer verbessern. Heute können sich viele Unternehmen durch die Gestaltung sog. „Share Deals“ der Steuerzahlung entziehen, was Arbeitnehmern und Familien nicht möglich ist. Auf Druck der unionsgeführten Länder haben sich die Finanzminister aller Länder dieses Problems angenommen, um gemeinsam Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ergebnisse sollen und müssen noch in diesem Jahr vorliegen. Im Gegenzug erleichtert dies die Finanzierung von Entlastungen für Normalverdiener und Familien. Der Trend zu immer höheren Grunderwerbsteuersätzen muss gestoppt und umgedreht werden.

Christdemokratische Politik in den Parlamenten und Regierungen ist erfahrungsgemäß ein Garant für hohe wirtschaftliche Stabilität in schwierigem Umfeld. Mit solider Haushaltspolitik und umsichtiger Steuerpolitik haben wir uns bei Investoren, Unternehmen und Bürgern ein großes Vertrauen erarbeitet. Darauf müssen wir aufbauen. Eine nachhaltige Finanzpolitik kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Wachstumschancen Deutschlands in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung weiter zu verbessern. Deshalb kommt es nicht zuletzt auf eine gute Regierungsführung in den Ländern an. Wenn alle Bundesländer so leistungsstark werden wie die unionsgeführten, dann wird auch Deutschland als Ganzes stark bleiben.